



Was ich sagen wollte ...

Die SPD strampelt für die Werntalbahn,
die FDP wollte wieder einmal die Gewerbesteuer abschaffen
und Frau Merkel hat 10 Jahre verschlafen.

Newsletter von Bernd Rützel

Nr. 20 | Juli 2011

Atomenergie durch die Hintertüre

Ist das der Ausstieg vom Ausstieg des Ausstieges vom Atomausstieg? Falls Sie da durcheinanderkommen, will ich es anders ausdrücken. Frau Merkel hat sich im Bundestag hingestellt und erklärt, dass sich Ihre Meinung bezüglich Atomenergie durch Fukushima geändert hat. Sie hätte auch sagen können, dass die Schwarz-Gelben auf dem Holzweg waren und einen Fehler gemacht haben. Wenn Sie erklärt, dass aber nun erstmals der Ersatz für die vom Markt genommene elektrische Energie durch erneuerbare Energien schnellstmöglichst ersetzt werden soll, dann lügt sie entweder oder hat die letzten 10 Jahre nicht mitbekommen (Stichwort: EEG = Erneuerbare Energie Gesetz). Damit ist der Ausstieg vom Ausstieg des Ausstieges erklärt. Und jetzt noch ein Ausstieg? Der könnte unweigerlich kommen, vielleicht klammheimlich durch die Hintertüre und den Schwarz-gelben gefallen. Führende Juristen sehen im Atomausstiegsgesetz noch gravierenden Nachbesserungsbedarf. Die Begründungen seien zu dünn und würden wahrscheinlich vor dem Bundesverfassungsgericht nicht standhalten. Grund dafür seien wohl die fest terminierten Stilllegungen der AKW's ohne Berücksichtigung der Reststrommengen. Dies bedeutet, dass Gundremmingen B und C im Abstand von vier Jahren vom Netz gehen, obwohl diese nahezu gleich alt sind. Ich will die Regierung dahingehend in Schutz nehmen, dass man nicht an alles denken kann. Wenn aber mehrere führende Juristen explizit darauf hinweisen und die Regierung dennoch keinen Nachbesserungsbedarf sieht, kann der Verdacht naheliegen, dass man gar nicht so unglücklich sei, wenn das Gesetz zum Atomausstieg vor dem Bundesverfassungsgericht gekippt würde. Frei nach dem Motto: Ich wollte ja, aber die bösen anderen. Ein Problem hat die Kanzlerin, es nimmt ihr niemand mehr ab. So etwas nennt man auch ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Wir wohnen im gleichen Haus

Manche Zeitungen schreiben, dass Frau Merkel von Barack Obama die Freiheitsmedaille erhalten hat, weil er Deutschland ganz dringend braucht um in der Eurozone einen Stabilitätspakt für Griechenland hinzubekommen. Griechenland darf kein Staatsbankrott erleiden. Das würde die Europäische Wirtschaft und damit auch die Weltwirtschaft massiv in Bedrängnis bringen und damit auch die amerikanische Wirtschaft und damit auch die Chancen für die Wiederwahl von Barack Obama. Also hat sich der Kreis geschlossen. Ein tiefer

Grund steckt hinter jeder Handlung. Wenn die amerikanische Freiheitsmedaille dazu dient, dass Griechenland gerettet wird, dann ist sie unbezahlbar. Wenn Sie in einem Mietshaus wohnen würden und neben ihnen oder über oder unter ihnen eine Wohnung brennt, dann wären sie doch wohl auch der Meinung, dass die Feuerwehr das Feuer löschen sollte. Oder ist jemand der Meinung, man sollte die Wohnung ausbrennen lassen und dann sollte sich der alte oder neue Mieter darum kümmern. Mit Griechenland ist es genauso. Dass die Griechen faul seien, ist ein Thema für die Stammtische. In Wahrheit liegt der durchschnittliche Rentenbeginn sogar 0,2 Jahre höher als bei uns Deutschen. Wir müssen helfen! Nicht nur aus Mitleid oder wegen unseres großen Herzens. Nein, deshalb weil wir im gleichen Mietshaus wohnen! Das gilt demnächst wohl auch für Großbritannien.

Klemens Bopp wurde achtzig



44 Jahre war der SPD Unterbezirk Main-Spessart/Miltenberg Untermieter im Hause Bopp in Mühlbach. Unser rüstige Genosse half auch bei der jüngsten Ausräumaktion tatkräftig mit. Kreisvorsitzender Harald Schneider, MdL und ich als Unterbezirksvorsitzender haben Klemens an seinem 80. Geburtstag besucht und gratuliert. Lieber Klemens, vielen Dank für den Einsatz für Deine Partei, viel Gesundheit und Lebensfreude.

Rote Radler unterwegs

Die Radtour mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bayerischen Landtag, **Markus Rinderspacher**, begann mit einer Fahrt im Führerstand des Radl-Express von Gemünden nach Schweinfurt. Von Waigolshausen ging es mit dem Drahtesel mit Zwischenstopps in Arnstein, Schönarts und Eußenheim zurück nach Gemünden. Die Tour war ein weiterer Baustein auf dem Weg, die Werntalbahn wieder für den Nahverkehr zu nutzen. Markus Rinderspacher konnte sich davon überzeugen, dass die Strecke in einem Top-Zustand ist (wurde 2002 saniert) und es an den 3 Bahnsteigen nicht scheitern darf. Im Oktober wollen **Harald Schneider**, MdL und die Gemündener SPD

den Wirtschaftsminister (ist auch Verkehrsminister), Herrn Zeil, auf die Strecke holen. Der Herr Minister hat bereits zugesagt, wahrscheinlich haben ihm die über 2000 Unterschriften imponiert, welche die SPD bereits gesammelt hat.



Gewerbesteuer ist kein „Fremdkörper im System“

Sie probieren es immer wieder, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Dabei ist die Gewerbesteuer eine der ältesten Steuern überhaupt. Bereits im Mittelalter gab es erste Gewerbe-Abgaben. Heute ist die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Ohne Gewerbesteuer müssten die Kommunen Schwimmbäder, Bibliotheken, Kulturhäuser schließen. Möchten Sie in einer Gemeinde oder Stadt leben, die nur noch, wenn überhaupt, die Pflichtaufgaben erfüllen kann. Dies wäre die Bereitstellung von Trinkwasser und die Beseitigung des Abwassers, der Brandschutz und dann hört es schon bald auf. Genau das wollten die Wirtschaftsverbände, die FDP und Teile der Union. Sie sagten, es sei ein „Fremdkörper im System“. Da fragt sich, wer der Fremdkörper ist? Jedenfalls wurde die Reform gekippt und es bleibt alles beim Alten. Somit erhalten die Kommunen weiterhin die Gewerbesteuer, in diesem Jahr sind dies knapp 39 Milliarden Euro. Übrigens: Wer sind die Kommunen? Sind das nicht wir einzelnen Männer und Frauen, Kinder, Jugendliche, Alte und Junge. Es ist doch nicht so, dass sich die Kommunen die Taschen voll machen. Es geht um die Menschen.

Dies meint jedenfalls